

soll entschieden werden, welche Terminmärkte weiter bestehen bzw. welche geschlossen werden sollen.

Die zu schnelle und unkontrollierte Entwicklung von Terminmärkten im letzten Jahr sei von Praktiken begleitet gewesen, die zu einem Vertrauensverlust geführt hätten. Landesweit gebe es inzwischen mehr als 40 registrierte Terminmärkte und über 500 Maklerunternehmen, einschließlich nicht registrierter Unternehmen. Allein in der Provinz Sichuan seien in Chongqing und Chengdu fünf Terminmärkte entstanden. Für bestimmte Terminwaren würden außerdem zwei oder sogar mehr Märkte bestehen, so daß diese ineffizient seien und dadurch die Spekulation angeheizt werde. Beispielsweise gebe es in Tianjin zwei Warenterminmärkte für den Handel mit Metallen.

Ein weiteres Problem sei, daß die Gründung von Terminmärkten als eine Möglichkeit gesehen werde, "schnelle Gewinne" zu machen. Viele Lokalregierungen und -behörden hätten sich dieser erfolgversprechenden Sache angeschlossen und seien die treibenden Kräfte dieser Entwicklung. Hierdurch werde jedoch die Politik der Zentralregierung behindert, zumal Interessengruppen versuchten, ihre Anteile zu sichern.

Nach Einschätzung von William D. Grossmann, ehemaliger stellvertretender Leiter der Warenbörse in Chicago und Berater bei der Entwicklung der Terminmärkte in China, seien rechtliche Regeln und ihre Durchsetzung für die weitere gesunde Entwicklung der Terminmärkte in China unbedingt notwendig. Nur so könnten auch ausländische Kunden stärker für ein Engagement in China gewonnen werden, da Märkte mit eindeutigen rechtlichen Rahmenbedingungen bevorzugt würden. Allerdings dürfe Grossmann zufolge das Ergebnis der Überprüfung nicht deren Schließung oder ihre starke Beschränkung sein; dies diene weder dem öffentlichen Interesse noch der wirtschaftlichen Entwicklung. (CD, 28.4.94, S.4)

Zhu Li, Generalsekretär der chinesischen Börsenaufsicht und vom Staatsrat im Dezember 1993 mit der Überwachung der Terminmärkte betraut, hatte Anfang April angekündigt, daß die Regierung die Genehmigung neuer Maklerunternehmen aussetzen und die bestehenden Unternehmen überprüfen

werde. Zhu Li zufolge zählten zu den rd. 500 Maklerunternehmen 50 sino-ausländische Joint Ventures sowie 200 Unternehmen, die nicht registriert seien. Zhu Li spricht von 30 (!) Terminmärkten, auf denen u.a. Rohöl, landwirtschaftliche Produkte, NE-Metalle, Baustoffe und Staatsanleihen gehandelt würden. Einige dieser Märkte und Maklerunternehmen wiesen jedoch nicht die erforderlichen Standards auf. Manche Unternehmen seien nur aus spekulativen Überlegungen gegründet worden und würden ihre Kunden betrügen. Die Folgen seien wirtschaftliche Verluste und der Abfluß von Devisen ins Ausland. (XNA, 9.4.94)

Am 22.4.94 entschied die chinesische Börsenaufsicht, daß nach Oktober 1994 Termingeschäfte mit standardisierten Verträgen für Stahlprodukte und Zucker nicht mehr genehmigt würden. Bestehende Verträge würden zwar bis Oktober weiterlaufen können, illegale Operationen jedoch unterbunden werden. (XNA, 23.4.94) -schü-

Taiwan

*(30)

Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Am 25./26. April hielt sich Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt zur Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in Taiwan auf. Es war der zweite Besuch eines Bundeswirtschaftsministers in Taiwan - im November 1992 hatte Rexrodts Vorgänger, Jürgen W. Möllemann, die Insel besucht. Während seines kurzen Aufenthaltes wurde Rexrodt von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) und Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) empfangen. Im Gespräch mit seinem Amtskollegen Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) wurden die Themen Doppelbesteuerung, Urheberschutz sowie Zusammenarbeit zur Erschließung von Drittmärkten erörtert.

Deutschland ist Taiwans wichtigster Handelspartner in Europa. Angaben des Taipeier Finanzministeriums zufolge importierte Taiwan 1993 deutsche Waren und Dienstleistungen im Wert von 4.220,3 Mio.US\$. Dem standen Exporte Taiwans von 3.505,1 Mio.US\$ nach Deutschland gegenüber.

Der deutsche Wirtschaftsminister beklagte, daß die gegenseitigen Investitionen im Vergleich zum bilateralen Handel weit zurückgeblieben seien. Wie aus den jüngsten Statistiken der Investment Commission des Wirtschaftsministeriums in Taipei hervorgeht, beantragten Firmen aus Taiwan für Investitionen in Deutschland im Jahr 1993 nur acht Projekte im Wert von 5,3 Mio.US\$. Insgesamt gingen seit 1990 bei der Kommission Anträge für 34 Deutschlandprojekte mit einem Umfang von 34 Mio.US\$ ein. Auch auf der deutschen Seite halten sich die Investoren mit ihrem Engagement in Taiwan zurück. Im gleichen Zeitraum weist dieselbe Statistik Investitionsanträge für 28 Vorhaben im Gesamtwert von 105 Mio.US\$ aus. (NfA, 28.4.94)

Rexrodt begrüßte den Plan, in Frankfurt ein Taiwan-Zentrum einzurichten. Er hob die Investitionen taiwanesischer Unternehmen in den neuen Bundesländern hervor und wies darauf hin, daß die Bundesregierung in diesem Jahr erstmals die Beteiligung mittlerer sowie ostdeutscher Unternehmen an Messen in Taiwan fördere. Er sagte deutsche Unterstützung für den Wunsch Taipeis zu, in die neugegründete Welthandelsorganisation (WTO) - Nachfolgeorganisation des GATT - aufgenommen zu werden und lancierte, daß Bonn noch Mitte d.J. einen "beurlaubten" hohen Diplomaten zur Übernahme der Leitung des deutschen Wirtschaftsbüros in Taiwan senden wird, was eine Aufwertung der halbamtlichen Vertretung Deutschlands in Taiwan bedeutet. (ZYRB, 28.4.94)

Mit Taipeis Verkehrsminister Liu Zhaoxuan (Liu Chao-hsuan) sprach Rexrodt über den Export des deutschen ICE-Zuges nach Taiwan. Im laufenden Sechsjahresplan der Taipeier Regierung wird eine Hochgeschwindigkeitsbahn von über 350 km für die Verbindung zwischen der Hauptstadt Taipei im Norden der Insel und der Industriestadt Gaoxiung (Kaohsiung) im Süden vorgesehen. Im vergangenen Jahr hatte der Legislativ Yuan (Parlament) das Regierungsbudget für das Projekt gestrichen und gleichzeitig den Beschluß gefaßt, das Projekt durch private Investitionen zu finanzieren. (C.a., Juli 1993, Ü 36) In diesem Jahr wird die Regierung erneut eine Debatte im Parlament über die Finanzierung des Projektes veranlassen.

Die Gesamtkosten des Bauvorhabens liegen bei 16,5 Mrd.US\$. Der Löwenanteil davon betrifft den Grundstückserwerb und den Bau der Gleisanlagen. Auf die Züge und die technische Ausstattung der Strecke entfallen rund 3,5 Mrd.US\$. Bei diesem Projekt steht ein deutsches Konsortium unter Führung von Siemens und AEG mit seinem ICE-Angebot in Wettbewerb mit der französischen GEC Alsthom und der japanischen Mitsui Corp. Ltd. mit ihrem Angebot über den TGV bzw. Shinkansen. AEG-Vorstandsmitglied Klaus Oertel, der die Akquisitionsbemühungen des deutschen ICE-Konsortiums leitet, meinte, daß eine privatwirtschaftliche Finanzierung des Projekts die Chancen der deutschen Anbieter im Vergleich zur japanischen und französischen Konkurrenz verbessere. Erstens komme es bei einer kaufmännischen Kalkulation im Unterschied zu einer staatlichen Investition nicht nur auf den Einstandspreis, sondern ebenso auf die Qualität und Lebensdauer des Produkts an. Hier sei der ICE überlegen. Zweitens seien die Konkurrenzzüge aus Japan und Frankreich nur für Personenverkehr ausgelegt, während die ICE-Züge - vor allem nachts - auch für den Güterschnellverkehr genutzt werden könnten. Schon jetzt bereiten sich Oertel und seine Mitarbeiter darauf vor, der Regierung in Taipei ein Angebot für den privatwirtschaftlichen Bau und Betrieb des ICE zu unterbreiten. Diesbezüglich hat AEG bereits Kontakte zur Bildung eines deutsch-taiwanesischen Konsortiums für die private ICE-Strecke geknüpft. (HB, 26.4.94)

Gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister sollen die Taipeier Gesprächspartner gefordert haben, Taiwan von der "Länderliste H" der Ausfuhrliste Deutschlands zu streichen, in der diejenigen Länder aufgeführt sind, bei denen der Export von Gütern, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können, eine Sondergenehmigung erfordert. Rexrodt sagte, die Bundesregierung erwäge derzeit, diese Liste von 36 auf acht bis zwölf Länder zu kürzen. Eine Entscheidung werde bis zum Sommer fallen. Dies löste eine Spekulation in der deutschen Presse aus, daß Taiwan ein Junktim zwischen dem Erwerb des ICE und dem der deutschen U-Boote gemacht habe. Ende Januar des vergangenen Jahres hatte der Bundessicherheitsrat in Bonn die Lieferung von zehn U-Booten des Typs 209 im Wert von 10 Mrd.DM an Taiwan bereits untersagt. Nun hätten die deutschen Werften vor, die U-Boo-

te über eine Kooperation mit US-Firmen an Taiwan zu liefern. "Im US-Senat und -Repräsentantenhaus soll die Änderung des Taiwan-Gesetzes bevorstehen, um nach amerikanischem Recht den Weg für die Lieferung der in Kooperation zwischen deutschen und US-Firmen hergestellten U-Boote freizumachen", so berichtete das Handelsblatt in Düsseldorf (27.4.94). Allerdings wurde dies von der Bundesregierung nachdrücklich dementiert. Das Auswärtige Amt und das Kanzleramt in Bonn betonten, daß die Bundesregierung die Lieferung deutscher U-Boote an Taiwan auch über den Umweg einer Kooperation mit den USA nicht zulasse. Es bleibe bei der Verweigerung der Exportgenehmigung durch den Bundessicherheitsrat, zitierte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes am 27. April Außenminister Klaus Kinkel. (SZ, 28.4.94) Auch ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums wies darauf hin, daß der Umweg über die USA schon vor einem Jahr ausgeschlossen worden sei und daß Minister Rexrodt sich an die Beschlüsse des Bundessicherheitsrates halte. Zur Frage nach einem erneuten Antrag auf Genehmigung des Umweggeschäfts sagte ein vertrauter Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl: "Wir werden auch dann nein sagen." Auch die deutschen Schiffbauer wollen nicht an eine Neubelebung des U-Boot-Geschäfts mit Taiwan glauben. "Viel Lärm um nichts, sagte der Teufel und schor das Schwein", kommentierte Dr. Jürgen Rohwedder, Sprecher der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel den Bericht. (HB, 28.4.94) -ni-

*(31)

Rückschlag in den "chinesisch-chinesischen" Beziehungen wegen des Todes von 24 taiwanesischen Touristen

Im Berichtsmonat haben die "chinesisch-chinesischen" Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße einen schweren Rückschlag erlitten. Am 31.März brannte ein Schiff auf dem Qiandao-(Tausendinseln-)See in der ostchinesischen Provinz Zhejiang aus, wobei alle 32 Personen an Bord (24 Touristen aus Taiwan, 2 örtliche Reiseleiter und 6 Besatzungsmitglieder) ums Leben kamen. Nach dem Vorfall verhängten die örtlichen Behörden eine totale Nachrichtensperre und hinderten alle taiwanesischen und ausländischen Reporter daran, vor Ort zu recherchieren. Heftige Auseinandersetzungen gab es auch zwischen den

Behörden und den zum Unglücksort geeilten Angehörigen der Opfer aus Taiwan. Denn nach Presseberichten in Taiwan wurden noch vor der Ankunft der Angehörigen Autopsien vorgenommen; nach ihrem Eintreffen wurden die Angehörigen von den Behörden gedrängt, Sterbeurkunden zu unterschreiben, in denen ein einfacher Unfall als Todesursache aufgeführt war. Den Angehörigen wurde die Überführung der Leichen nach Taiwan verweigert, statt dessen bestanden die örtlichen Behörden auf sofortige Einäscherung am Ort; darüber hinaus wurden die Angehörigen der Opfer überwacht, so daß sie praktisch unter Arrest standen. Außerdem lehnten die Behörden es ab, einen Vertreter der für Kontakte mit dem Festland zuständigen halbamtlichen Organisation Taiwans SEF (Straits Exchange Foundation) zum Unglücksort kommen zu lassen.

Die Haltung der festlandchinesischen Behörden löste in Taiwan große Empörung aus. Man warf ihnen Verschleierung der Tatsachen vor, denn es wird vermutet, daß die Touristen von dortigen Polizisten oder Soldaten ausgeraubt und anschließend ermordet wurden. Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) beschimpfte die chinesischen Kommunisten als "Banditen". Am 12.April beschloß die Regierung in Taipei, den Kulturaustausch mit dem Festland ab sofort zu suspendieren und alle Gruppenreisen nach dort ab dem 1.Mai zu stoppen.

Fünf Tage nach der scharfen Reaktion aus Taiwan, am 17.April, haben die Sicherheitsbehörden von Zhejiang den Vorfall auf dem Qiandao-See als einen Überfall geklärt. Drei verdächtige Täter wurden festgenommen. Sie sollen die taiwanesischen Touristen ausgeraubt und anschließend das Schiff verbrannt haben. Da die Touristen sowie die Reiseführer und Besatzungsmitglieder von den Tätern in einem engen Raum unter Deck eingesperrt worden waren, konnte keiner dem Unglück entkommen. Einige Tage später wurde noch ein Polizist verhaftet, der ein Bruder des einen Täters ist und bei dem ein Teil der geraubten Geldes gefunden wurde.

In Beijing bezeichnete Ministerpräsident Li Peng den Überfall als ein grausames Verbrechen und bekundete den Angehörigen seine Anteilnahme. Außerdem ließ Beijing durch seine halbamtliche Organisation für Kontakte

mit Taiwan der SEF in Taiwan mitteilen, Vertreter und Experten würden zur genauen Information über die Untersuchung des Überfalls nach Zhejiang entsendet. Die Angehörigen der Opfer wurden ebenfalls eingeladen, dem Prozeß gegen die Verhafteten beizuwohnen.

Taiwans Geheimdienst behauptet jedoch, daß die drei Festgenommenen nur vorgeschobene "Sündenböcke" seien, an dem Massaker hätten insgesamt acht bis zehn Personen teilgenommen, darunter auch Angehörige der Volksbefreiungsarmee. Die Regierung in Taipei will erst nach einer vollständigen Klärung des Überfalls seine o.g. Sanktionen aufheben.

Der Überfall auf dem Qiandao-See hat nicht nur die Beziehungen beider chinesischen Seiten belastet, sondern auch das Vertrauen der Bürger Hongkongs in Beijing stark beeinträchtigt. Eine Meinungsumfrage vom 26.-28. April in der britischen Kolonie, die 1997 an China zurückgegeben wird, ergab, daß 61% der 506 befragten Erwachsenen sich nicht mehr vorbehaltlos auf die Reisesicherheit in China verlassen wie früher. 60% sagten aus, daß sich ihr Eindruck von Beijing durch dessen Haltung in der Behandlung des Vorfalls auf dem Qiandao-See weiter verschlechtert habe. (ZZ, Nr.254-258; FCJ, Nr.13-15; Taiwan aktuell, München, Nr.77 u. 81) -ni-

*(32)

Privatisierung staatlicher Unternehmen nach wie vor ohne Erfolg

Taiwans private Investoren zeigen weiterhin wenig Interesse am Kauf von Aktien staatlicher Unternehmen. Zur Finanzierung der großen Bauprojekte des laufenden Sechsjahresplans hatte die Regierung 1989 mit einem Programm zur Privatisierung einer Reihe von Staatsunternehmen begonnen. Bislang ist aber kein einziges Unternehmen in die Hand der privaten Wirtschaft übergewechselt. Noch im März scheiterte die Auktion von 60% Anteil (380 Mio. Aktien) an Taiwan Manufacturing Corp. an fehlendem Angebot. Das Unternehmen hat in den letzten fünf Jahren insgesamt rund 300 Mio. US\$ Verlust eingefahren. (IHT, 7.3.94)

Schlechte Ergebnisse zeigt auch die jüngste öffentliche Emission von Aktien der China Steel Corp., obwohl de-

ren Geschäfte zur Zeit blühen. Die Stahlhütte, die weltweit an 19. Stelle steht, hat in den ersten acht Monaten des laufenden Fiskaljahres (per Ende Juni) bereits einen Gewinn von 7,82 Mrd. NT\$ (= 296,4 Mio. US\$) erwirtschaftet, 72% mehr als vor einem Jahr oder fast genauso hoch wie im letzten Fiskaljahr mit 7,84 Mrd. NT\$. Mit rund 19% lag die Profitrate weltweit unter den führenden Stahlproduzenten an der Spitze, weit vor der zweithöchsten von 3%, die das südkoreanische Unternehmen Pohang Iron & Steel Co. erzielte. Angesichts solch rosiger Bilanzen hatte die Regierung ursprünglich geplant, bis Mitte 1995 insgesamt 1,53 Mrd. Aktien des Stahlunternehmens zu emittieren, um so den staatlichen Holdingsanteil von 76% auf 51% zu senken. Während die Anfang März d.J. emittierten 72 Mio. Aktien noch zu 24% an Investoren verkauft wurden, hatte die zweite Emission von 288 Mio. Aktien nur eine Umsatzquote von 5,7%. (AWSJ, 23.-24.3.94)

Trotz der Mißerfolge erklärte Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) am 2. April, daß die Regierung bis Ende dieses Jahres zwei oder drei Staatsbetriebe privatisieren werde. Es handelt sich dabei um den Verkauf von BES Engineering Corp. und Chung Kuo Insurance Co. (AWSJ, 4., 20.4.94) Zur Beschleunigung der Privatisierung hat die Central Bank of China in Taipei die Schleusen für ausländisches Kapital weiter geöffnet. Im August vergangenen Jahres wurde die Grenze für den Erwerb taiwanesischer Wertpapiere durch ausgesuchte ausländische Investoren von 2,5 Mrd. US\$ auf 5 Mrd. US\$ heraufgesetzt, Anfang März d.J. fand eine weitere Aufstockung auf 7,5 Mrd. US\$ statt. (NZZ, 25.3.94) Ferner lockerte die taiwanische Securities and Exchange Commission die Beschränkungen für ausländische Investitionsorganisationen: Sie dürfen nun Aktien öffentlicher Emissionen direkt erwerben. (AWSJ, 4.5.94) -ni-

Hongkong und Macau

*(33)

Protestdemonstration in Hongkong gegen die hohe Strafe für einen Hongkonger Reporter durch Beijing

Am 16. April marschierten rund 2.000 Menschen zur Zweigstelle der chinesischen Presseagentur Xinhua in Hong-

kong (quasi der diplomatischen Vertretung der VR China in der britischen Kolonie), um gegen die Inhaftierung eines Korrespondenten der Hongkonger Zeitung *Ming Pao Daily* durch Beijing zu demonstrieren. Der Journalist Xi Yang, 38 Jahre alt und Bürger der VR China, war im September 1993 in Beijing verhaftet und am 28. März d.J. in einem geheimen Prozeß vom Gericht zu 12 Jahren Haft verurteilt worden unter der Beschuldigung, chinesische Staatsgeheimnisse über Zins- und Goldreservenmaßnahmen durch Bestechung erlangt und veröffentlicht zu haben. Ein Mitarbeiter der Chinesischen Volksbank (Zentralbank), Tian Ye, der die Information an Xi Yang weitergegeben hatte, bekam eine Haft von 15 Jahren.

Die Demonstration erfolgte unmittelbar nach der Ablehnung der Berufung der Betroffenen durch das Gericht in zweiter Instanz in Beijing. Viele Journalisten in Hongkong sehen die hohe Strafe für Xi Yang als eine Bedrohung der Pressefreiheit in Hongkong. Die britische Kolonie wird in drei Jahren an China zurückgegeben. (IHT, 8., 16./17.4.94; AWSJ, 8., 18.4.94) -ni-

*(34)

Unterstützung des britischen Parlaments zur Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses in Hongkong

Das einflußreiche Foreign Affairs Select Committee des britischen Unterhauses hat in einem Bericht seine volle Unterstützung für die politische Reform von Gouverneur Chris Patten zur Beschleunigung der Demokratisierung in der britischen Kolonie Hongkong vor deren Übergabe 1997 an China zum Ausdruck gebracht. Die Parlamentarier meinen, daß infolge des Vorfalls auf dem Tiananmen-Platz (1989 in Beijing) der Bedarf an Demokratie in Hongkong dringender denn je geworden sei. Gouverneur Patten habe den richtigen Kurs eingeschlagen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung Hongkongs zu erfüllen. Das Komitee schlug der britischen Regierung vor, weiterhin nach internationaler Unterstützung für die Garantie der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong zu streben. Falls die chinesische Seite die Verhandlungen in der sino-britischen Liaisongruppe über die politische Reform in Hongkong weiter verhindere, habe die britische Seite keine Alternative, als die erforder-